

Echt

DIE LINKE.

*Reinickendorf:
Offensiv um beste
Lösungen ringen*

Auf Augenhöhe

Kennen Sie auch das Gefühl, wenn man nach einer Reise nach Berlin zurückkehrt? Man sieht das quirlige und dennoch entspannte Leben hier und ahnt plötzlich, warum Berlin die beste Stadt der Welt ist. Aber wer hier lebt, kennt bald auch all die Macken der Stadt. Und die haben leider zugenommen.

Während die einen mit Champagner die wachsende Attraktivität Berlins feiern, fluchen andere über verspätete Busse und Bahnen, kaputte Schulen und lange Wartezeiten auf den Ämtern. Viele denken mit Sorge an die nächste Mieterhöhung und lieber nicht daran, was sie mal an Rente bekommen.

Immer öfter nehmen die Berlinerinnen und Berliner – also Sie – die Dinge selbst in die Hand. Mit Volksbegehren erzwangen Sie Zugeständnisse in der Mietpolitik, brachten die Wasserbetriebe wieder in städtischen Besitz und holen sich hoffentlich auch noch die Energienetze zurück. Sie sorgten dafür, dass das Tempelhofer Feld nicht an Immobilienhaie verhöckert, sondern als einzigartige Freifläche geschützt wurde. Bei der Integration der geflüchteten Menschen, beim Renovieren von Schulen und Kitas, in Sportvereinen, der Nachbarschaftshilfe und vielem anderen mehr, das sonst nicht laufen würde, packen Sie an.

Im Gegenzug erwarten Sie von der Politik, dass die ihren Job macht. So, wie Sie den Ihren machen, auf der Arbeit, in der Familie, im sogenannten Ehrenamt. Zu Recht. Das nenne ich die Augenhöhe. Ich will das gern tun, mit allen, die dazu bereit sind.

Drei Dinge wären zu erledigen: **1.** Die Schere zwischen Arm und Reich darf nicht weiter aufgehen. Zwangsräumungen, Arbeitslosigkeit, Verdrängung armer und älterer Menschen aus ihren Kiezen, Kinderarmut: Das geht so nicht weiter. Ein Armutsbekämpfungsprogramm muss her, das jetzt Not lindert.

2. Investitionen in die maroden Schulen, in Straßen und Schwimmbäder, Nahverkehr und Radwege dulden keinen Aufschub. DIE LINKE will ein großes Investitionsprogramm in Berlins Infrastruktur, so schnell wie möglich.

3. Wo Lehrerinnen und Lehrer fehlen, Polizei, Bürgerämter und Gerichte überlastet sind, muss eingestellt werden. Nicht kleckerweise, sondern massiv.

Wir können das. Wir, die Politikerinnen und Politiker, gemeinsam mit Ihnen, den Berlinerinnen und Berlinern. Wir können Berlin sozialer und menschlicher machen. Mit Jobs, von denen man leben, mit Mieten, die man bezahlen und mit Zeit, die man genießen kann. Und ohne Nazis. Wählen Sie am 18. September und wählen Sie links! Und die Stadt gehört Ihnen. *Klaus Lederer*

Reinickendorf braucht endlich auch in der Bezirksverordnetenversammlung eine starke LINKE, die der zunehmenden sozialen Spaltung im Bezirk wirksam entgegenwirkt. Unser Bezirk hat viele Vorzüge wie zahlreiche Grünflächen und eine relativ starke Wirtschaft, aber auch viele soziale Probleme vor allem im Süden und Osten. Die Erwerbsarbeitslosigkeit ist überdurchschnittlich hoch. Die soziale Ausgrenzung nimmt zu, und fast 15 000 Kinder wachsen in Armut auf.

Reinickendorf wird seit Jahren von der CDU dominiert, die aber vor allem den Norden unseres Bezirks im Blick hat. Auch SPD und Grüne sind durch ihr Mitwirken im Bezirksamt oder in der Zählgemeinschaft in der BVV eingebunden. Wir wollen dort, wo entschieden wird, dafür sorgen, dass wieder offensiv um die besten Lösungen gerungen wird. Wir werden den Finger in die Wunde legen und gute, soziale Alternativen zur jetzigen Politik zeigen.

DIE LINKE. Reinickendorf kennt unseren Bezirk und kann Kommunalpolitik. Das wollen wir beweisen. Dafür brauchen wir Ihre Stimme. Geben Sie der LINKEN bei der Kommunalwahl die Chance, sich künftig direkt in der BVV einsetzen zu können:

- für mehr bezahlbaren Wohnraum, beispielsweise durch die Ausweisung von Milienschutzgebieten und bei Neubauprojekten
- für mehr Chancengleichheit in der Bildung, auch durch den Aufbau einer Oberstufe in deutlich mehr Integrierten Sekundarschulen und der Gemeinschaftsschule
- für eine effektive, bürgernahe und transparente Verwaltung und mehr Bürgerbeteiligung, zum Beispiel durch Einwohnerversammlungen und Ortsteilkonferenzen.

Felix Lederle

Unduldsam, beherzt, gerecht: Unser Spitzenkandidat für die Wahl am 18. September in Berlin, Klaus Lederer



Bürgerämter statt Warteämter



Sind Sie gerade umgezogen? Wollen Sie Ihren Ausweis, Ihren Reisepass verlängern? Oder ist es eine von über 100 anderen Dienstleistungen, für die Sie dringend ins Bürgeramt müssen? Dann wissen Sie längst: In Berlin ist das kein Vergnügen. Termine sind acht Wochen im Voraus vergriffen, aus der Not machte sogar ein privater Online-Händler ein Geschäft, der diese gegen Cash verkaufte.

Die Beschäftigten selbst können nichts für diese Misere. Viele Menschen leisten in der Berliner Verwaltung gute Arbeit. Doch es gibt immer mehr Aufgaben zu erledigen und unterm Strich zu wenig Personal. SPD und CDU haben sich darum lange nicht gekümmert. Im Gegenteil. Sie haben weiter vor allem dort Personal abgebaut, wo die Berlinerinnen und Berliner es richtig spüren. Schulen sind ohne Hausmeister: keine Fachkräfte. Jugendämter schreiben an Gerichte, dass sie in Sorge

rechtsfällen nicht mehr erscheinen können: keine Leute. Sogar um die Wahlen im September musste man sich sorgen, weil Zugezogene sich nicht mehr problemlos anmelden konnten und die Wahlsoftware versagte.

DIE LINKE will das ändern. Es reicht nicht, je nach Kassenlage mal hier und mal da kurzfristig Löcher zu stopfen. Will man Personal für die Zukunft, muss man langfristig und über die Bereiche hinweg denken. Dass das Chefsache des Regierenden Bürgermeisters werden muss, ist für uns selbstverständlich. Personalpolitik darf nicht länger im Schatten der Finanzpolitik verkümmern. Wir wollen dafür einen eigenen Staatssekretär.

Gerade weil die Stadt wächst, Menschen aus aller Welt nach Berlin kommen, Bedürfnisse sich verändern, benötigen die Bezirke und Ämter eine Personalausstattung, die davon

abhängt, was die Stadt wirklich braucht. Die Stellen müssen den Aufgaben folgen, nicht umgekehrt. Darauf haben die Berlinerinnen und Berliner ein Recht.

Inzwischen ist die Zeit knapp. Bis 2025 wird die Hälfte der Beschäftigten der Berliner Verwaltung allein aus Altersgründen ausscheiden. Schon jetzt fehlen Fachkräfte vor allem in Sozial-, Verwaltungs- und Ingenieurberufen, können offene Stellen bei der Polizei nicht besetzt werden. Auch hier haben SPD und CDU versagt. Wir wollen einen Pakt mit den Hoch- und Fachschulen schließen für mehr und moderne Aus- und Weiterbildung. Quereinsteiger sollen ihre berufliche Erfahrung einbringen können, Menschen mit Migrationshintergrund die Verwaltung vielsprachig machen.

Wenn ein Unternehmen jährlich bis zu 5 000 neue Leute finden will, muss es anderes zu bieten haben als Stress, rettungslos veraltete Technik und Streitereien zwischen den verschiedenen Ebenen. Denn gut ausgebildete, kluge Köpfe suchen alle. Wir wollen die Verwaltung zu einem vorbildlichen Arbeitgeber machen. Leiharbeit und prekäre Beschäftigung darf es hier nicht geben. Gute Arbeitsbedingungen und Bezahlung, sichere Arbeitsplätze mit Perspektive und moderne Technologien – damit kann man in der Stadt für sich werben!

Wir wollen starke Bezirke, kurze Wege und Möglichkeiten für alle Berlinerinnen und Berliner, sich an Entscheidungen zu beteiligen. Transparent und offen für Veränderungen, qualifiziert und modern, flexibel und schnell – so ist Verwaltung bürgernah. So kann die Stadt wieder funktionieren. Das will DIE LINKE. Berlin.

Arbeit muss sich lohnen

Die Arbeitslosigkeit ist in Berlin deutlich zurückgegangen, aber es gibt noch immer zu viel schlecht bezahlte Arbeit. Das ist ein Problem. Denn wer heute schlecht bezahlt wird, der muss nicht nur auf vieles verzichten, der kann sich auch nicht privat fürs Alter absichern. DIE LINKE im Bundestag hat das nachgerechnet: Wer heute weniger als 11,68 Euro je Stunde verdient, bekommt selbst nach 45 Jahren Vollzeitarbeit eine Rente, die so niedrig ist, dass sie mit staatlichen Mitteln aufgestockt werden muss.

Bundesweit sind schon mehr als eine halbe Million Rentnerinnen und Rentner auf Grundversicherung im Alter angewiesen. Ihre Zahl hat sich zwischen 2003 und 2014 verdoppelt, und wenn nicht endlich umgesteuert wird, ist die Hälfte all derer, die 2030 in Rente gehen, dem Einkommen nach arm.

An dieser Tendenz ändern auch Rentenerhöhungen wie jetzt zum 1. Juli, mit 4,25 Prozent mehr in den alten und 5,95 Prozent in den neuen Bundesländern, nur wenig. Für eine gute Rente muss die gesetzliche

Rente wieder zum Zentrum der Alterssicherungspolitik werden. DIE LINKE will eine solidarische Rentenversicherung, in die alle einzahlen und bei der alle Einkommen für die Beiträge herangezogen werden.

Und weil eine Umkehr in der Rentenpolitik eine Umkehr in der Lohnpolitik braucht, muss alles dafür getan werden, dass die Arbeitslosigkeit weiter abnimmt und Reallöhne steigen. Mit höheren Löhnen steigen die Beitragseinnahmen und damit auch die Renten. Der Ausbau von unfreiwilligen Teilzeitbeschäftigungen, Minijobs oder Leiharbeit bewirkt eher das Gegenteil.

In der Landespolitik setzt sich DIE LINKE deshalb dafür ein, dass dort, wo Berlin selbst Auftraggeber ist, keine Niedriglöhne bezahlt werden. In ihrer ersten Regierungszeit hat DIE LINKE schon einmal durchgesetzt, dass solche Auftragsvergaben nur stattfinden dürfen, wenn mindestens Mindestlohn gezahlt wird. Daran werden wir anknüpfen, auch wenn inzwischen 8,50 Euro längst zu wenig sind, um im Alter abgesichert zu sein.

Unser Ziel, und da sind wir uns bundesweit einig, ist die schnellstmögliche Erhöhung des Mindestlohns auf 12,50 Euro die Stunde.

Was wir außerdem ändern können, ist der Umgang mit Langzeitarbeitslosen in unserer Stadt. Denn, so erfreulich der Rückgang der Arbeitslosenzahlen insgesamt ist, für die entstandenen Arbeitsplätze bringen Unternehmen, die sich in Berlin niederlassen, ihre Arbeitskräfte oft gleich mit. Wer in unserer Stadt schon länger ohne Arbeit ist, hat davon nur selten etwas. Für Langzeitarbeitslose, aber auch, um Geflüchteten in der Stadt den Zugang zu Arbeit zu ermöglichen, braucht es gezielte Programme. In unserer ersten Regierungszeit haben wir damit begonnen und einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor aufgebaut. Vielleicht findet jemand ja noch einen besseren Namen für den ÖBS, aber Ziel war und ist, Langzeitarbeitslosen eine Perspektive zu geben, sie existenzsichernd zu bezahlen und gleichzeitig wichtige Arbeit für das Gemeinwesen zu erledigen. Die Stadteilmütter sind heute noch ein gutes Beispiel dafür.



Oma Anni lebt seit Jahrzehnten in der Reinickendorfer Steinbergsiedlung. Sie darf nicht durch Luxussanierung vertrieben werden.

Wohnen darf kein Glücksspiel sein

Auf die Idee muss man auch erst mal kommen: dass eine städtische Wohnungsbau-gesellschaft auf einer Veranstaltung ausge-rechnet Werbung mit einem Hütchenspieler macht. Da kann man nur rätseln, warum. Sollte das ein Hinweis darauf sein, dass in Berlin die Anmietung einer passablen und zugleich preisgünstigen Wohnung einem Lotteriegewinn gleichkommt? Oder dass man tricksen muss, um eine Chance auf angemessenen Wohnraum zu haben? Vielleicht war es aber auch nur eine subtile Warnung, dass die Bau- und Wohnungspoli-tik in Berlin derzeit von Glücksrittern ge-prägt wird.

Denn Tatsache ist, dass sich die Wohnungs-situation in unserer Stadt insbesondere für Menschen mit niedrigem Einkommen seit 2008 dramatische verschlechtert hat. Halb-herzige Versuche des SPD-CDU-Senats, mittels einer »Mietpreisbremse« das Woh-nen bezahlbar zu halten, sind gescheitert. Um mehr als 31 Prozent stiegen die Mieten in Berlin allein im vergangenen Jahr. Das lag auch daran, dass diese »Mietpreisbremse« weder für neugebaute noch für umfassend sanierte Wohnungen Gültigkeit hat. Und Ver-mieter, die sich gleich gar nicht an die Re-geln halten wollen, können dies ungestraft tun. Sanktionen sind in dem Gesetz nämlich nicht vorgesehen.

Mittlerweile fehlen laut einer aktuellen Stu-die des Sozialwissenschaftlers Andrej Holm von der Berliner Humboldt-Universität in der Hauptstadt mehr als 130 000 preisgünstige Wohnungen, die maximal 5 bis 6 Euro pro Quadratmeter monatlich kosten.

Nach dem Willen des Senats soll vor allem mit einer ungezügelter Neubautätigkeit ge-gengesteuert werden. Auf landwirtschaftli-chen und anderen Kulturflächen in Pankow, Neukölln und weiteren Standorten an der Peripherie Berlins sind große Satellitenstädte mit bis zu 20 000 Einwohnern geplant. Doch ein solcher Aktionismus lässt Schlimmes befürchten, ist doch erkennbar, dass vor allem hochpreisiger, rein privatfinanzierter Wohn-raum entsteht. Derzeit ist jeder dritte ge-plante Neubau eine Eigentumswohnung. So etwas geht an den realen Bedürfnissen der meisten Menschen in dieser Stadt vorbei.

DIE LINKE setzt deshalb auf eine Strategie für soziales Wohnen, denn Wohnungssuchende mit geringem Einkommen sollen davon nicht noch die Hälfte für Miete ausgeben müssen. Und auch Menschen, die in unsere Stadt ge-flüchtet sind, sollen in Wohnungen und nicht in Massenunterkünften leben können.

Die kommunalen Wohnungsbaugesellschaf-ten und Genossenschaften stehen da in be-sonderer Verantwortung. Statt sich an der für die Berlinerinnen und Berliner ruinösen Jagd nach der höchsten Rendite zu betei-ligen, sollten sie darauf verzichten, ihre preis-werten Wohnungsbestände den Marktge-setzen auszuliefern. Übersteigt die Miete bereits den Mittelwert des Mietspiegels, müssen Mieterhöhungen tabu sein. Auch sollen sie die Kosten für Modernisierungen nur zu einem geringen Teil und nur für eine bestimmte Zeit, anstatt dauerhaft, auf die Mieten umlegen dürfen und bei Neuvermie-tung ohne Wohnwertverbesserung auf höhe-re Mieten verzichten.

Wir wollen, dass die sechs kommunalen Wohnungsbaugesellschaften in den kom-menden fünf Jahren ihren Bestand um 100 000 Wohnungen erhöhen. Das kann nur eingeschränkt durch Neubau geschehen, es müssen verstärkt Wohnungsbestände hinzu-gekauft werden. Wir wollen die Wohnungs-baugesellschaften dafür finanziell besser ausstatten, ihr Eigenkapital erhöhen. Dann können sie auch ihren Beitrag zur dringend notwendigen Durchsetzung des kommunalen Vorkaufsrechts leisten.

Eine große Diskrepanz gibt es in Berlin zwi-schen Angebot und Nachfrage auch in Bezug auf die Wohnungsgröße. So existiert über die Stadt verteilt zum Beispiel ein Überan-gebot an Drei-Raum-Wohnungen. Kleine und preisgünstige Ein- bis Zwei-Raum-Wohnun-gen sind hingegen Mangelware. Nun lebt in vielen größeren Wohnungen oft nur eine Per-son, die auch in eine kleinere Wohnung um-ziehen würde, aber das darf dann natürlich nicht teurer werden. Wir LINKEN finden, eine kommunale Wohnungsbörse kann hier Abhil-fe schaffen. Interessenten können dort Woh-nungen anbieten oder finden, kommunale Anbieter oder Genossenschaften ermögli-chen bei einem geplanten Wohnungswech-sel den Erhalt von Mietkonditionen oder die Gewährung von Umzugshilfen.

Nachdem der Senat beim Thema Wohnen so lange geschlafen hat, muss jetzt wohnungs-politisch umgesteuert werden. Nur dann las-sen sich die Probleme in den nächsten Jah-ren in den Griff bekommen. Für uns LINKE heißt das Ziel ganz klar: Bezahlbares Woh-nen darf in Berlin nicht Glückssache sein.

Kinder, Kinder, Kinder

Bunte Zuckertüten, Lachen, Staunen und jede Menge erwartungsfroher Gesichter. Am Einschulungstag ist für die meisten Kinder und Eltern in unserer Stadt die Welt noch in Ordnung. Beim ersten Gang zur Schultoilette beginnen allerdings die Probleme.

Der bauliche Zustand etlicher Schulen ist ein Jammer. Bei immer mehr Gebäuden hat sich ein Sanierungsbedarf angestaut, weil in den vergangenen Jahren zu wenig investiert wurde. Aber auch der Tatsache, dass immer mehr Menschen in die Stadt kommen, dass es deshalb mehr Kinder und Jugendliche gibt und darum in fast allen Bezirken mehr Schulen gebraucht werden, hat der Senat nicht Rechnung getragen. Allein in Pankow fehlen mehr als 20. Doch ehe eine neue Schule fertig ist, dauert es in Berlin in der Regel acht bis neun Jahre. München oder Hamburg brauchen maximal halb so lange.

Die Schulen endlich umfassend zu sanieren, sie behindertengerecht umzubauen und vor allem schnell auch neue Schulen zu bauen, kostet Geld, sehr viel Geld. Allein für die Sanierung werden laut den Bezirken 4,9 Milliarden Euro benötigt.

Viele fragen sich, woher die Mittel dafür kommen sollen, ohne den Berliner Landeshaushalt mit noch mehr Schulden zu belasten. DIE LINKE hat sich dafür ein Modell überlegt. Wir wollen, dass die nötigen Darlehen von Landesunternehmen aufgenommen werden. Die Zinsen sind niedrig, es besteht auch kein Risiko, dass sich daran etwas ändert, denn bei öffentlichen Förderbanken kann gegenwärtig langfristig bis zu 20 Jahre zu fixen Konditionen getilgt werden. Mit diesem

Modell ließen sich nicht nur Schulen, sondern ließe sich auch die gesamte öffentliche Infrastruktur über Brücken bis hin zu Krankenhäusern schneller in Ordnung bringen. Außerdem hätte ein solches Investitionsprogramm noch weitere Effekte. Es könnte mit Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen verbunden werden und einen Beitrag zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit sowie zur Integration von Geflüchteten leisten. Doch an Berlins Schulen muss noch mehr passieren. Zum Schuljahresbeginn fehlen in Berlin etwa 1350 Lehrer. Und wenn sich nichts ändert, werden in acht Jahren 16 000 Pädagoginnen und Pädagogen fehlen. Das ist für DIE LINKE nicht hinnehmbar.

Ein Aspekt ist uns besonders wichtig: Wir wollen, dass gute Bildung, mit der Kita beginnend, für alle zugänglich und kostenfrei ist.

Bildungserfolg darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Deshalb setzen wir uns in Berlin für mehr und zugleich starke Gemeinschaftsschulen ein – als Schulen für alle von der Einschulung bis zum Abitur. Dass sie der Schlüssel für soziale Gerechtigkeit und bessere Lernerfolge sind, haben wissenschaftliche Studien in den vergangenen Jahren nachgewiesen. Als wir 2004 in Berlin die Idee dafür hatten, wurden wir noch von vielen belächelt oder gar beschimpft, wir wollten die Einheitsschule wieder einführen. Heute gibt es viele Fans der Gemeinschaftsschule.

Sie gilt als bestes Mittel gegen Ausgrenzung und für Integration, weil sie Kinder und Jugendliche akzeptiert, annimmt und fördert, so wie sie sind. Die Potenziale aller Kinder zu entfalten, ist unser Ziel. Auch an Gemeinschaftsschulen gelingt das nur, wenn es funktionierende und barrierefreie Schulgebäude gibt, deutlich mehr Personal und für alles die materielle Absicherung. Es wird Zeit, dass in Berlin nicht nur kaputte Schultoiletten der Vergangenheit angehören.



Grenzenlos Mobil

Das kennen wohl alle, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln in der Stadt unterwegs sind: Man quetscht sich in überfüllte U-Bahnen, die Tram braucht mal wieder länger als geplant, oder man muss 20 Minuten auf den Anschluss warten, weil einem die S-Bahn vor der Nase weggefahren ist. Und das alles trotz happiger 80 Euro für das Monatsticket.

Wir wollen das ändern. Denn nur mit dem öffentlichen Nahverkehr können alle Menschen mobil sein. Ein eigenes Auto können sich viele nicht leisten, das Fahrrad ist für Ältere oder Menschen mit Behinderungen auch keine Option. Und auch beim Umweltschutz liegen die Öffis – natürlich hinter Fahrrad und Füßen – vorne.

Für einen funktionierenden öffentlichen Nahverkehr muss viel getan werden. Das heißt: Strecken ausbauen, Taktung erhöhen und Preise senken. Vor allem in den äußeren Bezirken der Stadt sind die Verbindungen schlecht und die Wartezeiten lang. Hier wollen wir die Infrastruktur gezielt erweitern. In aller Munde ist momentan die

Elektromobilität. Die von der Bundesregierung beschlossene Kaufprämie für E-Autos hilft aber letzten Endes nur den Autokonzernen. Wieso wird nicht Elektromobilität gefördert, die allen zugutekommt? Das heißt in Berlin vor allem: die Straßenbahn. Die fährt nicht nur elektrisch, sondern ist auch noch leise und spart Platz. Wir setzen uns dafür ein, das Straßenbahnnetz um 200 Kilometer zu erweitern. Mit einer Ampelschaltung, bei der Straßenbahnen und Busse konsequent Vorrang haben, kann auch vermieden werden, dass sie ständig im Stau stehen.

Der Nahverkehr muss für alle zugänglich sein. An vielen U-Bahnstationen gibt es keine Aufzüge, so dass Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer die Haltestellen gar nicht nutzen können. Zu vollständiger Barrierefreiheit gehören zum Beispiel auch »sprechende Haltestellen« und ein Leitsystem für Blinde. Der Nahverkehr muss aber auch für alle erschwinglich sein. Deshalb dürfen die Fahrpreise nicht weiter steigen. Als erstes wollen wir, dass das Berlin-Ticket S für Menschen mit berlinpass

nur noch 25 Euro kostet. Außerdem wollen wir einen ermäßigten Einzelfahrschein einführen. Wir haben auch eine Idee, wie alle für wenig Geld ohne Ticket fahren können. Das klappt, wenn jede Berlinerinnen und jeder Berliner einen Beitrag zahlt. Für Menschen mit wenig Geld, Seniorinnen und Senioren, Kinder und Jugendliche sowie Studierende muss der Beitrag natürlich geringer ausfallen. So eine Öffi-Flatrate ist zwar noch Zukunftsmusik, aber eine gute Grundlage zur Diskussion.

Am umweltfreundlichsten geht es mit dem Fahrrad durch die Stadt. Immer mehr Berlinerinnen und Berliner steigen darauf um. Doch wegen fehlender oder schlecht ausgebauter Fahrradwege geraten Fahrräder oft mit Autos oder LKWs in Konflikt. Das ist nicht nur für beide Seiten nervig, sondern kann für die Radfahrerinnen und Radfahrer auch richtig gefährlich werden. Deshalb wollen wir mindestens zwei Meter breite Radstreifen entlang aller Hauptstraßen, mehr Fahrradstraßen und, wenn möglich, Radschnellwege. Dafür braucht es neben mehr Geld auch mehr qualifiziertes Personal in den Verwaltungen. Mit der Initiative »Volksentscheid Fahrrad« haben die Berlinerinnen und Berliner das Thema selbst auf den Tisch gebracht. Wir unterstützen sie dabei.

Wählen Sie uns direkt für das Abgeordnetenhaus



Hakan Taş,
Wahlkreis 1
Ich will stabile Mieten und einen bunten Kiez.

Unser Wahlkreis ist bunt. Mit seinen vielseitigen Marktplätzen, den schönen Grünanlagen und seinen freundlichen Einwohnern aus aller

Welt vermittelt die Gegend rund um die »Resi« ein besonderes Lebensgefühl. Leider werden immer mehr Grünanlagen an Investoren verschert, die Mietpreise steigen, und arme Menschen werden immer öfter aus ihren Kiezen verdrängt. Als Ihr Wahlkreisabgeordneter möchte ich mich diesen Trends auch weiterhin in den Weg stellen und für all jene Menschen eine Stimme sein, die unter Armut leiden und diskriminiert oder benachteiligt werden. Ich wurde im Jahr 1966 in der Türkei geboren und bin gelernter Kaufmann. Seit 2011 bin ich für DIE LINKE im Abgeordnetenhaus von Berlin. Hier bin ich Sprecher der Linksfraktion für Inneres, Partizipation und Flüchtlinge. Ich bin schwul, ich bin Migrant, und ich bin Bürger dieser Stadt.



Deniz Seyhun,
Wahlkreis 2
Chancengerechtigkeit und Entwicklungsmöglichkeiten für alle.

Eine gelebte demokratische und sozial gerechte Gesellschaft, in der die Menschen gleiche Rechte und Entwick-

lungsmöglichkeiten haben, muss machbar und finanzierbar sein. Entscheidend ist der politische Wille. In Reinickendorf wollen wir Strukturen schaffen, in denen sich Menschen gerne einbringen und ihre Lebensbereiche mitgestalten. Hierzu gehören ein intelligenter Einsatz und eine sinnvolle, nachhaltige Verteilung von Mitteln, beispielsweise im Bildungsbereich und im Wohnungssektor. Seit über 40 Jahren lebe ich in Berlin. Ich bin Diplomkauffrau, arbeite in soziokulturellen Bereichen mit wissenschaftlichen und politischen Schwerpunkten und setze mich für bessere Bildung, Migration und Partizipation ein. Auch ehrenamtlich bin ich aktiv – in der Frauenbewegung und bei Migrantenverbänden.

DIE LINKE vor Ort u. a. im Märkischen Zentrum (Brunnenplatz) am **3. 9. 2016**, 10 Uhr, **9. 9. 2016**, 16 Uhr (mit Stefan Liebich), **17. 9. 2016**, 10 Uhr, jeweils mit Katina Schubert (Landesgeschäftsführerin DIE LINKE, Berlin) und Kandidatinnen und Kandidaten für die BVV



Yannik Wiedenbrück,
Wahlkreis 3
Nur soziale Sicherheit bedeutet auch Freiheit.

Ich halte es mit den Worten von Wilhelm von Humboldt: »Ohne Sicherheit ist keine Freiheit.« Nur wer abgesichert

lebt, kann sich frei entfalten und bestmöglich entwickeln. Unser Reinickendorf ist liebenswert und schön. Nichtsdestotrotz zeigt ein Blick auf unseren Bezirk, dass auch hier soziale Fragen für viele Menschen im Mittelpunkt stehen. In Wahlkreis 3 beschäftigen uns vor allem die wirtschaftliche Entwicklung rund um die Berliner Straße in Tegel sowie das fehlende Jugendfreizeitangebot. Dafür möchte ich Lösungen finden. Ich wurde 1997 in Berlin geboren, 2015 habe ich auf Scharfenberg mein Abitur gemacht. Die Werte meiner Schule – einen kritischen Blick auf die Welt zu haben, aufgeschlossen und wachsam zu sein – prägten mich. Links sein bedeutet für mich, auf Ungerechtigkeit in der Gesellschaft aufmerksam zu machen und sie dort zu bekämpfen, wo sie entsteht.



Dana Saky,
Wahlkreis 4
Ich trete gegen die soziale Spaltung in Reinickendorf an.

Unser Wahlkreis liegt inmitten von Reinickendorf. Er verbindet

den urbanen Lebensstil der Großstadt mit den ökologischen Potenzialen des »grünen Bezirks«. Leider werden die schönen Aussichten in unserer Nachbarschaft durch eine zunehmende soziale Spaltung getrübt. So können immer weniger Menschen von ihrer Arbeit leben und ihre Miete bezahlen, während Luxusanlagen in ihrer unmittelbaren Umgebung entstehen. So kann es nicht weitergehen! Deshalb möchte mich für eine ökologisch nachhaltige und sozial gerechte Politik einsetzen. 1987 wurde ich in Kurdistan geboren. 1999 flüchtete meine Familie nach Berlin, wo ich 2007 mein Abitur abgelegt habe. Anschließend studierte ich Politik und Geschichte. Beruflich bin ich im Rahmen der Flüchtlingshilfe tätig und beteilige mich ehrenamtlich an Integrations- und Partizipationsprojekten.



Katina Schubert,
Wahlkreis 5
Menschlichkeit, Solidarität, Gerechtigkeit – das geht!

Berlins Bevölkerung wächst, die soziale Spaltung nimmt zu. Der alte Senat hat gezeigt, dass er es nicht kann.

DIE LINKE steht für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit, die es nicht zulässt, dass Menschen mit geringem Einkommen, Wohnungslose, Erwerbslose, Flüchtlinge gegeneinander ausgespielt werden. Deshalb brauchen wir eine Investitionsoffensive in bezahlbaren Wohnraum, in das Bildungswesen, in die soziale Infrastruktur – und das nicht über Ihre Köpfe hinweg, sondern mit Ihnen gemeinsam. Geboren 1961, arbeite ich seit 1999 in Berlin. Ich bin Politikwissenschaftlerin und Journalistin. Seit 2012 bin ich Landesgeschäftsführerin der LINKEN Berlin. Zuvor habe ich in rot-roter Regierungszeit in verschiedenen Senatsverwaltungen gearbeitet. Mein politisches Engagement begann in außerparlamentarischen Initiativen. 1994 wurde ich bei der PDS-Bundestagsfraktion Referentin für Asyl- und Migrationsfragen.



Tara Vonessen,
Wahlkreis 6
Zwei-Klassen-Medizin? Nicht mit mir.

Frohnau und Hermsdorf sind zwei grüne Stadtteile, ideal für junge Familien mit Kindern und

Berlinerinnen und Berliner, die die Ruhe zu schätzen wissen. Doch nirgends in unserem Bezirk sind die Mieten so explodiert wie hier. Es ist höchste Zeit gegenzusteuern. Zudem müssen alle Familien kostenlosen Zugang zu flexibler Kinderbetreuung haben, so dass es beiden Elternteilen möglich ist zu arbeiten. Für die moderne, gleichberechtigte Familie ist eine kompetente und umfassende Kinderbetreuung unentbehrlich. Nehmen Sie Ihr Wahlrecht wahr, um Ihre Zukunft selbst zu bestimmen! Ich bin 1997 in Freiburg geboren und begann 2015 in Berlin ein Freiwilliges Soziales Jahr in einer Psychiatrie. Dadurch angestoßen, setze ich mich auch für die Wahrung der Menschenwürde in psychiatrischen Einrichtungen ein. Zusätzlich arbeitete ich ehrenamtlich in der Notübernachtung in Reinickendorf und beschäftige mich momentan mit Ehrenamtsmanagement.

Für die BVV Reinickendorf kandidieren:



1. Felix Lederle, BVV-Spitzenkandidat

Deutschland wird immer reicher, aber immer mehr Menschen, darunter viele Kinder, leben in Armut. Die Umverteilung von unten nach oben muss gestoppt werden, denn sie

gefährdet den sozialen Frieden und die Demokratie.

Geboren 1975 in Baden-Württemberg, lebe ich seit Abschluss meines Studiums der Politikwissenschaft, Volkswirtschaftslehre und Journalistik 2002 mit meiner Ehefrau und meinen drei Kindern in Berlin. Seit 2006 bin ich als wissenschaftlicher Mitarbeiter von Abgeordneten der Berliner Linksfraktion im Abgeordnetenhaus tätig. Seit 2011 bin ich Bezirksvorsitzender der LINKEN Reinickendorf.



2. Marion Kheir, 66 Jahre, Studienrätin im Ruhestand und stellvertretende Bezirksvorsitzende der LINKEN Reinickendorf

Während meiner Berufstätigkeit, zuletzt an einem

Oberstufenzentrum, war ich oft mit den sozialen Problemen der Schüler konfrontiert. Um gegen diese Probleme etwas zu tun, trat ich in DIE LINKE ein. Ich wurde Mitglied des Vorstands in unserem Bezirk und bin seit Herbst 2015 stellvertretende Vorsitzende. Oft besu-

che ich die Sitzungen der BVV und habe dort schon etliche Einwohneranfragen gestellt. Vor allem Bildungsthemen liegen mir am Herzen, und so bin ich auch regelmäßiger Gast bei den Tagungen des Schulausschusses.



3. Deniz Seyhun, 46 Jahre, Diplomkauffrau, Bildungsarbeit mit Migrantinnen und Migranten (siehe Seite 5 – Direkt-Wahlkreis 2)



4. Şervan Deniz, 27 Jahre, wissenschaftlicher Mitarbeiter eines Abgeordneten der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus

Reinickendorf ist lebenswert. Leider können sich immer weniger Menschen

das schöne Leben in Reinickendorf leisten. Immer häufiger werden ökonomisch Schwache aus ihren Kiezen verdrängt. Die etablierten Parteien agieren an der Bevölkerung vorbei. Deshalb will DIE LINKE frischen Wind ins Rathaus von Reinickendorf bringen! Ich trete gegen die gesellschaftliche und ökonomische Spaltung in unserem Bezirk an. Wir brauchen endlich wieder faire Mieten und solide Maßnahmen gegen die wachsende Armut. Damit aus den Warteämtern wieder Bürgerämter werden – am 18. September DIE LINKE wählen!

5. Tara Vonessen, 18 Jahre, Abiturientin, zurzeit im Freiwilligen Sozialen Jahr (siehe Seite 5 – Direkt-Wahlkreis 6)

6. Dennis Wendländer, 21 Jahre, Schüler, stellvertretender Vorsitzender des Bezirksschulbeirats Reinickendorf

7. Dîlay Dağdelen, 22 Jahre, Studentin, Engagement für die Föderation der Demokratischen Arbeitervereine (DIDF)

8. Klaus Murawski, 62 Jahre, technischer Sachbearbeiter im Ruhestand und ehemaliger OTIS-Betriebsrat

9. Melek Yula, 36 Jahre, Heilerziehungspflegerin und Sozialarbeiterin; Flüchtlingshelferin

10. Martin Végh, 55 Jahre, Diplom-Mathematiker

11. Doris Hain, 61 Jahre, Krankenpflegerin

12. Michael Rohr, 41 Jahre, Diplom-Archivar



Die »vierte Fraktion«

Auf Initiative der LINKEN wurden in Berlin nach 2005 erweiterte Mitwirkungsrechte für die Bürgerinnen und Bürger gesetzlich verankert. Mit Einwohnerfragen, -versammlungen und -anträgen, Erleichterungen für bezirkliche Bürgerbegehren und -entscheide gewann die direkte Demokratie an Substanz. Lange hatte sich unser CDU-geführtes Bezirksamt dem widersetzt. Demokratie störte und stört beim Regieren nach Gutsherrenart.

Gemäß § 49 der Geschäftsordnung der BVV Reinickendorf beginnt jede Sitzung unseres Bezirksparlaments mit einer Einwohnerfragestunde (Tagesordnungspunkt 2). Nach anfänglichem Zögern nehmen die Einwohnerinnen und Einwohner unseres Bezirkes die neuen demokratischen Möglichkeiten regelmäßig wahr, sodass die Fragestunde auf 60 Minuten verlängert wurde. Im Durchschnitt erwarten je Sitzung sechs bis acht Bürgerinnen und Bürger Antworten zum Geschehen

in ihrem Kiez. Sie sind gewissermaßen die »vierte Fraktion« der BVV.

DIE LINKE Reinickendorf war zwischen 2011 und 2016 nicht in der BVV vertreten. Ungeachtet dessen waren ihre Mitglieder und Sympathisanten Stammgäste in jeder Sitzung. Als Bürgerinnen und Bürger nutzten sie ihre demokratischen Rechte und brachten in der laufenden Wahlperiode mit über 100 Einwohnerfragen wichtige politische und kommunalpolitische Themen in die BVV. Der Bürgermeister, die Stadträte und die drei Fraktionen mussten die Reinickendorfer LINKE zur Kenntnis nehmen, sich mit ihren Positionen auseinandersetzen und Farbe bekennen. Partiiell ist dabei eine sachliche und konstruktive Zusammenarbeit mit der SPD, mit Bündnis 90/Die Grünen und mit manchen Bürgerinitiativen entstanden.

Wo es ihren Grundsätzen entsprach, trug die Reinickendorfer LINKE Entscheidungen der

BVV mit. Unsere Politik war und ist immer transparent: über die Bezirkszeitung, über Homepage, Newsletter und soziale Medien. Besondere Aufmerksamkeit legte unsere Kommunalpolitik in den vergangenen Jahren auf:

- die wachsende soziale Belastung größerer Teile der Bevölkerung durch Mietsteigerungen, Verdrängung, Erwerbslosigkeit, die zu Kinder- und Altersarmut führt
- die Unterstützung einer Willkommenskultur für Geflüchtete und Asylsuchende und deren Integration im Bezirk, die Zurückweisung von Rassismus und Rechtsextremismus
- Probleme der Stadtentwicklung, so die Nachnutzung des Flughafens Tegel, das Kurt-Schumacher-Quartier, die Entwicklung der Berliner und Residenzstraße
- den Personalabbau und den damit verbundenen Leistungsabbau in der Reinickendorfer Verwaltung, so die unerträgliche Situation in den Bürgerämtern
- die Entwicklung der Schullandschaft im Bezirk, insbesondere der Gemeinschaftsschule.

Dr. Klaus Gloede

Gelebte Solidarität



Martin Végh (56) kommt aus Nürnberg, also ein Berliner mit »fränkischem Migrationshintergrund«. Er ist mit seiner Familie seit 22 Jahren in Tegel zu Hause. Die Tochter macht gerade ihr Abi. Als Diplom-Mathematiker leitet er die Computer-AG an einer Grundschule. In der Freizeit unterstützt er die Kirchengemeinde Alt-Tegel.

Wenn Martin aus dem Fenster sieht, hat er

den Tegeler Hafen vor sich. Zur PDS – heute DIE LINKE – kam er, als eine Bürgerinitiative die Insel im Tegeler Hafen retten wollte, aufgebracht darüber, dass die CDU-Bezirksfürsten Wanjura, Balzer und Co. das »Filetstück« an Private verscherbelten. Das Ergebnis dieses Privatisierungsfrevels ist heute zu besichtigen: Luxusquartiere für 314.000 bis 620.000 Euro, bald auch Floating Homes auf der Humboldtinsel. Tegel nur noch Heimat für Gutverdiener?

Als die ersten Geflüchteten nach Reinickendorf kamen, waren Martin und seine Frau zur Stelle. Ende Mai 2013 trafen sich gut sechzig Reinickendorferinnen und Reinickendorfer im Marie-Schlei-Haus. Sie verabredeten sich, den Geflüchteten und Asylsuchenden zu helfen, menschenwürdig in unserem Bezirk zu leben und ihre Integration zu erleichtern. Ein Netzwerk »Willkommen in Reinickendorf« entstand. Heute sind es mehr als 800, die mit anpacken. Das ist keine leichte Aufgabe. Denn in Reinickendorf lebten Ende Mai 2013 2800 Geflüchtete in zwölf Unterkünten. Das Netzwerk organisiert Deutschkurse, vermittelt Sach- und Geldspenden, hilft beim Besuch von Ämtern, initiiert vielfältige sportliche Aktivitäten und fördert und organisiert Begegnungen zwischen Reinicken-

dorfern und ihren neuen Nachbarn – als Höhepunkt alljährlich ein Begegnungsfest. Ohne die Unterstützung von gemeinnützigen Organisationen, Sportvereinen, Kirchen, Schulen, Unternehmen und Polizei gelänge das nicht. Reinickendorf hat zwar immer noch kein Integrationskonzept in der Bezirksverordnetenversammlung beschlossen, aber in Oliver Rabitsch einen tollen Integrationsbeauftragten, der Integration täglich praktiziert.

Von Beginn an engagieren sich Mitglieder der Reinickendorfer LINKEN beim Netzwerk. Martin ist einer von ihnen. Warum er das macht? Menschen zu helfen ist ihm wichtig. Es bereitet ihm Spaß, wenn die Kinder ihn beim Deutschunterricht mit »Hallo!« begrüßen, wenn er mit ihnen in Lübars Drachen steigen lässt, wenn er in der Fahrradwerkstatt mit rumpusseln kann. Er ist neugierig auf andere Menschen, betroffen über die Schicksale, von denen er erfährt. In der Kirche heißt das Nächstenliebe, bei den Sozialisten – Solidarität.

Martin macht darüber keine großen Worte. Er ist da, wenn er gebraucht wird. Die Wahlversammlung der LINKEN hat ihn auf ihre Kandidatenliste für die nächste BVV gesetzt.

Dr. Klaus Gloede

Einen alten Baum verpflanzt man nicht

Interview mit Christian Malinowski, Mieterinitiative der Siedlung am Steinberg

Christian, eure Initiative ist in Reinickendorf bekannt. Worum geht es genau?

Ein Investor möchte die Häuser, in denen wir seit Jahrzehnten leben, massiv modernisieren und dann für Mondpreise verkaufen. Die Mieten der verbleibenden Mieter würden sich durch die Modernisierungsumlage vervierfachen. Wir wollen es nicht hinnehmen, dass man uns aus unseren Wohnungen vertreibt. Deswegen haben wir unsere Mieterinitiative gegründet und uns an die Bezirkspolitik gewandt.

Wie waren eure Erwartungen?

Wir hatten vom Bezirksamt und den Verordneten in der BVV Hilfe erhofft, weil wir davon ausgingen, dass diese als Bürgervertretung auf Seiten der Bürger stünden. Wir hatten erwartet, dass wir dort mit unserem Problem ernst genommen werden. Leider wurden wir eines Besseren belehrt. Für einen Investor tut man alles, für die alteingesessenen Bewohner aber nichts.

Ihr habt euer Anliegen mehrfach in die BVV getragen, unter anderem auch durch den ersten erfolgreichen Bürgerantrag in Reinickendorf. Was brachte das?

Zumindest SPD und Grüne zeigten sich

bemüht, aber leider wenig erfolgreich, wo es um unser Anliegen ging. Unser erster großer Erfolg war der auf Anraten der LINKEN eingereichte Bürgerantrag. Innerhalb kürzester Zeit hatten wir die nötigen Unterschriften beisammen. Das zeigte uns, dass die Reinickendorfer Bevölkerung etwas gegen Verdrängung hat und wir nicht alleine stehen. Unser Antrag, in dem wir auch eine Milieuschutzverordnung für unsere Siedlung forderten, wurde einstimmig beschlossen. Leider sind BVV-Beschlüsse für das Bezirksamt nicht verbindlich; es hat den Antrag dann abgelehnt.

Im September sind Wahlen in Berlin. Was muss sich nach den Wahlen ändern?

Die wenigen verfügbaren Instrumente wie der Milieuschutz, das Zweckentfremdungsverbot oder die Umwandlungsverordnung müssen konsequent angewandt werden. »Jeder Mensch hat das Recht auf angemessenen Wohnraum«, heißt es in der Berliner Verfassung. Wohnraum müssen sich auch in Zukunft die Normalverdiener noch leisten können. Er darf nicht zum Luxusgut verkommen! Die Verantwortlichen in Reinickendorf müssen sich darüber im Klaren sein, dass sie eine Verpflichtung gegenüber den Bürgern haben, und zwar nicht nur gegenüber denen,

die am Ende des Monats »noch ein paar Euro übrig haben«, wie es CDU-Stadtrat Lambert ausdrückte.

Wie geht es für euch weiter?

Wir werden weiter dafür streiten, dass sich noch eine verträgliche Lösung für unsere Siedlung findet, sodass wir in unseren Wohnungen bleiben können und unsere Familien nicht auseinandergerissen werden.

Was wünschst du dir für die Zukunft?

Ich wünsche mir mehr Sinn für den sozialen Zusammenhalt im Bezirk. Ich wünsche mir, dass noch mehr Reinickendorfer sich für die politischen Zusammenhänge in unserem Bezirk interessieren und an politischen Entscheidungen teilhaben. Ich wünsche mir ein Reinickendorf, in dem jeder in seiner Mietwohnung leben kann, ohne Angst haben zu müssen, durch massive Modernisierungsumlagen verdrängt zu werden.

Interview: Robert Irmscher

Wir in Reinickendorf – Zeitung und Newsletter der LINKEN Reinickendorf.
www.die-linke-reinickendorf.de/wir





Impressum: Wahlzeitung zur Wahl am 18. September 2016
 Auflage: 1 631 000, Redaktionsschluss: 5. August 2016
 Herausgeberin: DIE LINKE, Berlin, www.die-linke-berlin.de
 V.i.S.d.P.: Katina Schubert. Die Nutzungsrechte nicht
 gekennzeichnete Bilder liegen bei der Partei DIE LINKE.
 Layout und Satz: DiG/TRIALON, Druck: Berliner Zeitungsdruck



Demos in 7 Städten Deutschlands!
 Natürlich auch in Berlin:
17. September 2016, 12 Uhr
 Alexanderplatz
www.ttip-demo.de

Berlin sagt »Nein« zu CETA und TTIP

Im April 2016 konnte man im Berliner Abgeordnetenhaus wieder eine dieser traurigen »Sternstunden« des Parlaments erleben. Die Fraktion DIE LINKE hatte beantragt, dass sich der Senat gegenüber der Bundesregierung, im Bundesrat und auf europäischer Ebene dafür einsetzt, das Freihandelsabkommen CETA zwischen der Europäischen Union und Kanada abzulehnen und den sofortigen Abbruch der Verhandlungen zu TTIP und TiSA zu verlangen. Doch obwohl der Antrag wortgenau dem Beschluss eines SPD-Landesparteitags entsprach, beugte sich die sozialdemokratische Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus ihrem Koalitionspartner und stimmte gemeinsam mit der CDU dagegen.

Dabei handelte es sich keineswegs um einen symbolischen Antrag. Das CETA-Vertragswerk liegt mittlerweile vor und soll im Oktober unterschrieben werden. Aber: Auch wenn sich die EU-Kommission anfangs noch dagegen sträubte, musste sie den Mitgliedsstaaten inzwischen zugestehen, dass deren nationale Parlamente über CETA mitentscheiden. Es spricht vieles dafür, dass in Deutschland damit neben dem Bundestag auch der Bundesrat grünes Licht für das Ab-

kommen geben muss, damit es in Kraft treten kann. Berlin würde also mitentscheiden.

Und das mit Fug und Recht. Denn ähnlich wie bei dem Freihandelsabkommen TTIP zwischen den USA und der EU greift auch dessen kleine Schwester CETA tief in die Handlungskompetenzen der Bundesländer ein. Das betrifft insbesondere die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen. Egal ob bei Wasser, Energie, öffentlichem Nahverkehr – nordamerikanische Konzerne bekämen mit dem Abkommen Mitspracherechte darüber, wie wir diese Güter in Berlin bereitstellen. Umgekehrt würde es für Berlin bei der Vergabe eigener Aufträge erheblich schwieriger, auf die Einhaltung sozialer Mindeststandards zu pochen. Auch die bisherige Praxis der Förderung von Kunst und Kultur könnte so kaum aufrechterhalten werden. Täte die Politik in Berlin es dennoch, drohten erhebliche Schadensersatzansprüche für möglicherweise entgangene Gewinne. Über diese würde dann aber nicht vor ordentlichen Gerichten verhandelt, sondern vor einem extra neu geschaffenen Handelsgerichtshof. Diesen mag man für weniger schlimm halten als die zuvor noch in Rede stehenden, geheim tagenden Sondergerichte für Investoren. Eine Gerichtsbarkeit für große Unternehmen jenseits des bestehenden Rechtssystems würde damit dennoch geschaffen. Und ebenso wie TTIP enthält auch CETA viele Regelun-

gen, die zu einem Unterlaufen bestehender Standards bei Verbraucher-, Umwelt- und Arbeitnehmerschutz führen können.

Aus diesem Grunde machen europaweit zahlreiche Verbände, Gewerkschaften und linke Parteien nicht nur gegen TTIP, sondern auch gegen CETA mobil. Nicht zuletzt, weil zu befürchten ist, dass damit für viele US-Unternehmen eine Hintertür aufgemacht würde, selbst wenn TTIP scheitert. Sie könnten einfach im benachbarten Kanada Tochterfirmen gründen und kämen auch so in den Genuss der Vorteile für Unternehmen aus diesem Abkommen.

Die europaweite Bewegung gegen diese Freihandelspläne hat schon viel erreicht. Auf beiden Seiten des Atlantiks wächst der Widerstand. Statt eines Freifahrtscheins für Konzerne fordern immer mehr Menschen Regelungen für einen fairen Welthandel. Doch noch haben die Lobbyisten der Freihandelsabkommen ihr Vorhaben nicht aufgegeben und versuchen, diese auch mit zweifelhaften Tricks durchzusetzen. Dagegen wird DIE LINKE weiterhin mit vielen anderen auf die Straße gehen. Aber ebenso wichtig ist, dass der Widerstand in den Parlamenten wächst. Dazu können Sie **am 18. September** mit Ihrer Stimme beitragen. Eine starke LINKE im Berliner Abgeordnetenhaus kann dafür sorgen, dass Berlin weder CETA, noch TTIP oder TiSA zustimmt.

BESSER

DIE LINKE.